

OB-Spendenskandal

■ WählerInnen sollen entscheiden

Im Interesse der Stadt Wuppertal, der Handlungsfähigkeit ihrer Verwaltung und zum Zwecke der Wiedererlangung verloren gegangenen Vertrauens der Bevölkerung in ihre politische Vertretung unterstützen Ratsfraktion und Kreisverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Einleitung des Abwahlverfahrens im Hinblick auf den Oberbürgermeister Dr. Kremendahl.

Die GRÜNE Fraktion hat in ihrer gestrigen Fraktionssitzung nach langer und intensiver Diskussion gemeinsam mit dem Kreisvorstand beschlossen, dass die WuppertalerInnen selbst entscheiden sollen, ob sie dem Oberbürgermeister Dr. Kremendahl das Vertrauen aussprechen wollen oder ob sie der Auffassung sind, dass das Amt des Oberbürgermeisters durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Dr. Kremendahl so sehr geschädigt ist, dass nur eine Abwahl des amtierenden OB die Voraussetzung dafür ist, einen Neuanfang zu ermöglichen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN halten dies für erforderlich, da unseres Erachtens eine zeitlich nicht absehbare Fortdauer des derzeitigen unhaltbaren Schwebestandes der Stadt Wuppertal weiteren Schaden zufügen würde. Ratsfraktion und Kreisverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN legen großen Wert auf die Feststellung, dass mit der Beteiligung an der Einleitung des formalen Abwahlverfahrens keinerlei Vorverurteilung der Person unseres OB betrieben wird. Die Vorwegnahme der Ergebnisse staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen kann, darf und wird nicht Aufgabe antragstechnischer Aktivitäten von Parteien oder Fraktionen sein, sehr wohl aber die politische Bewertung der bereits vorliegenden Informationen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben den Oberbürgermeister 1999 direkt gewählt und nur sie sind in der Lage, die Entscheidung zu treffen, ob er im Amt bleiben soll oder nicht. Dies entspricht den demokratischen Gegebenheiten, dies ist über die Gemeindeordnung abgedeckt und dies ist der einzige Weg, eine politische Entscheidung herbeizuführen. Alle demokratischen Kräfte müssen ein gemeinsames Ziel haben: Den Verdacht, Politik sei käuflich, aus der Welt zu räumen, und das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler wiederzuerlangen. Wir sind uns hierbei der Tatsache bewusst, dass keineswegs ausschließlich die SPD und der ihr angehörende OB sich Kritik an den in Rede stehenden "Kooperationsformen" gegenüber Großspendern gefallen lassen muss, sondern auch die CDU hinreichend Anlass hat, hier Aufklärungsarbeit zu leisten. Auch im Rahmen eines anzustrebenden Untersuchungsausschusses gälte es, konstruktiv an zukunftsorientierten und transparenten Strukturen in dieser Stadt zu arbeiten.

Zur Hintergrundinformation: 500.000 DM des Großinvestors aus Wülfrath im Kommunalwahlkampf 1999 an die SPD und 125.000 DM an die CDU – und dafür wurde keine Gegenleistung erwartet? Zweifel sind berechtigt! Handelt ein Investor, der mit vielen Aufträgen in Millionenhöhe von der Stadt bedacht wird, rein uneigennützig? Ist ein Oberbürgermeister unter diesen Umständen noch unabhängig in seinen Entscheidungen?

Im Kommunalwahlkampf überboten sich SPD und CDU in ihren Materialschlachten. Laut Presseangaben soll der SPD-Wahlkampf rund 900.000 DM gekostet haben. Die CDU butterte über 700.000 DM in ihren Wahlkampf. Bereits 1998 ging die CDU mit einer kostenintensiven Kampagne in den BürgerInnenentscheid zu den Buskaps. Im

Fortsetzung Seite 2

Nicht jede Spende gibt auf Dauer Anlass zu reiner Freude...

GRÜNE Anträge ignoriert

■ Stadtrat verabschiedet mit Stimmen von SPD, CDU und FDP den Haushalt 2002/2003

Die gesamte Korruptions- und Spendenaffäre der SPD und CDU im Rathaus der Stadt Wuppertal überdeckt, dass hier - teilweise - noch vernünftige Politik im Sinne der BürgerInnen gemacht wird:

Am 18. März ist mit einiger Verspätung im Rat der Stadt Wuppertal der kommunale Doppelhaushalt verabschiedet worden. Dabei ist es den Ratsparteien in seltener Übereinstimmung gelungen, einen auch gegenüber der kommunalen Aufsichtsbehörde vertretbaren, wenn auch nach herkömmlichen Maßstäben nicht genehmigungsfähigen, aber doch zukunftsweisenden Haushalt mit eindeutigen Schwerpunktsetzungen zu formulieren. Für die Kommunen kostenträchtige landes- und bundesgesetzliche Veränderungen und der Einbruch in der Wuppertaler Gewerbesteuer setzten einen mehr als begrenzten Rahmen, der von Seiten des Landes ab 2003 noch einmal

enger gesteckt werden wird. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN setzten in der Vielzahl ihrer Haushaltsanträge eindeutige Schwerpunkte im sozialen und ökologischen Bereich, die ansatzweise von der CDU-SPD Koalition mit ihrem "Wurmfortsatz" FDP nachvollzo-

Fortsetzung Seite 2

AUS DEM INHALT

Kucks
Theaterbriefe S. 2

Mehr Qualität
Schulentwicklungsplan verzögert S. 2

Flächennutzungsplan in Angriff nehmen S. 3

Ratsfraktion mit neuem Gesicht S. 3

Guten Tag!

Oder sollten wir lieber sagen: hoffentlich nicht Gute Nacht, Wuppertal?

Wieder erschüttern Korruptionsaffären unsere Stadt, wir sind bundesweit in die Schlagzeilen geraten. Es ist zu befürchten, dass dies Auswirkungen auf das gesamte politische Engagement haben wird. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die Glaubwürdigkeit der Parteien nicht noch größeren Schaden erleidet.

GRÜNE wollen Aufklärung, unabhängig von Parteizugehörigkeit. Das sind wir den WählerInnen und dem Vertrauen in die Politik, das wieder gewonnen werden muss, schuldig. Aber auch andere wichtige Entscheidungen sind getroffen worden: der Haushalt der Stadt ist verabschiedet, jetzt kommt es auf die Stellungnahme des Regierungspräsidenten an, ob die Stadt auf dieser Grundlage weiter arbeiten kann.

KURZ & klein

Entscheidung Kleine Höhe

Am 18.3.2002 hat der Rat der Stadt gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und gegen die Einwände von Umweltverbänden und AnwohnerInnen den Rahmenplan "Kleine Höhe" beschlossen. Auch die Velberter Grünen lehnen dieses Gewerbegebiet ab. Die Firma Agiplan aus Mülheim hat von der Stadt den Auftrag bekommen, für die Flächen Kleine Höhe, die Bundeswehrflächen auf Lichtscheid und das ehemalige Bahngelände in Vohwinkel ein Nutzungs- und Vermarktungskonzept zu entwickeln.

Wir nehmen an, dass Wuppertal die Erschließung der Kleinen Höhe allein finanzieren muss. Wir gehen von Erschließungskosten von 10 Mio. € aus. Darin enthalten ist die Entwässerung, die Erschließungsstraßen, die Straßenbeleuchtung und die Grünflächen-gestaltung. Nach unserer Kalkulation entsteht bis 2005 ein Defizit von 10,7 Mio. €. Die Grundstücke sollen für 60 €/qm verkauft werden. Die Entwässerung ist problematisch und völlig ungeklärt. Die Gewerbesteuererinnahmen bei Vollnutzung der Nettofläche (228.000 qm) werden ca. 2,5 Mio. € im Jahr betragen. Unsicher ist, ob es nach 2005 (dann sollen sich die ersten Firmen ansiedeln) eine Gewerbesteuer in der bisherigen Form überhaupt noch geben wird.

Wir meinen, hier wird voll am Bedarf vorbei geplant. Benötigt werden fertige Gebäude, die kurzfristig bezogen werden können. Ein junge Firma hat in aller Regel kein Interesse, sofort ein Grundstück zu kaufen. Wichtig für die Stadt (auch im Hinblick auf Gewerbesteuererinnahmen) ist die Bereitstellung derartiger Gebäude längs der Talachse oder an der Technologieachse Süd.

Umfeld

Sporthalle Gathe

Durch die Medien gehen zur Zeit die Geschichten um Herrn Clees und den Oberbürgermeister. Herr Clees baut für die Stadt die Sporthalle Gathe.

Wir interessierten uns für die Details und fanden Erstaunliches:

Die Ampel an der Ecke Wiesenstrasse/Gathe steht zur Zeit so unglücklich, dass es für PassantInnen, insbesondere Eltern mit Kinderwagen oder RollstuhlfahrerInnen, sehr eng wird. Die Verwaltung hatte einfach nicht daran gedacht. Nun soll der Mast versetzt werden. In einem Antrag an die Bezirksvertretung Elberfeld wünschen wir einen Bericht zu weiteren Details: Wie sollen die Parkplätze an der Wiesenstrasse aussehen? Was wird aus dem ehemals vom autonomen Zentrum genutzten Gebäude?

Wir haben nicht die Hoffnung, dass es bei diesem Bauprojekt nach der Devise gehen kann: Leben Sie – Wir kümmern uns um die Details! Das müssen wir wohl selbst tun. Die Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld findet nach Redaktionsschluss statt. Wir werden Sie weiter informieren.

Impressum

Herausgeberin: Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204, Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Lorenz Bahr,
Guido Gehrenbeck, Klaus Lüdemann, Peter Menke,
Ilona Schäfer, Peter Vorsteher,

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz und Gestaltung: Wupper-Nachrichten Verlags GmbH
Tannenbergstr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 33.140

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstrasse, Theater an der Gathe; Forum Maximum im Rix, Kipdorf 29; Cafe Zweistein, Bahnhof Unterbarmen; Cinema, Berliner Straße; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße; AStA, Berg. Universität; BUND, Völklinger Straße 3 a.

Die Abgabe ist kostenlos!

Schulentwicklung – Kinderinteressen ins Zentrum!

Mehr Qualität

Schulentwicklungsplan verzögert

Der von der Verwaltung vorgelegte Schulentwicklungsplan ist in der Ratssitzung am 18. März 2002 von der Mehrheit des Rates der Stadt Wuppertal verworfen worden.

Aus Sicht der Ratfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind wesentliche Bestandteile für den Schulentwicklungsplan unzureichend oder gar nicht in Betracht gekommen.

Um einen sozial ausgewogenen Schulentwicklungsplan zu erstellen, müssen folgende Maßnahmen und Kriterien in eine entscheidungsfähige Vorlage eingearbeitet werden:

- Die Höhe des Sanierungsbedarfes an einzelnen Grundschulen muss in einer Auflistung nach Priorität der Notwendigkeit erfolgen.

- Der Vergleich der Anmeldezahlen mit den aktuellen Schülerzahlen ist erforderlich.

- Des weiteren ist eine Analyse des von den Kindern zurückzulegenden Schulweges auf dessen Verkehrssicherheit und Sozialverträglichkeit von Schülerinnen zu prüfen, da sie im Zuge der zu erwartenden Schulschließungen andere Schulen besuchen müssen. Es ist zu prüfen, ob diese noch fußläufig zu erreichen sind und MitschülerInnen au-

ßerhalb der Schulzeit zu Fuß besucht werden können.

MigrantInnen an den jeweiligen Schulen sind hierbei besonders hart getroffen, da sie durch Verständigungsprobleme eine meist längere Eingewöhnungszeit benötigen.

Für eine vernünftige Entscheidungsfindung fehlen konkrete Vorschläge für die Änderungen der bestehenden Schulbezirksgrenzen für unsere Grundschulen. Die zu erwartende Ganztagsbetreuung an Grundschulen ist zu berücksichtigen und in einer Vorlage, die von der Verwaltung der Stadt Wuppertal zu erstellen ist, entsprechend in einen neuen Schulentwicklungsplan aufzubereiten.

Die Verwaltung der Stadt Wuppertal sollte aus Sicht der BündnisGRÜNEN Ratsfraktion die Zusammenlegung von Schulen als Alternative zu Schulschließungen prüfen.

Mit den jeweiligen Bezirksvertretungen soll ein Konsens über die vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen erzielt werden. Diese Beratungsergebnisse sollten dann von der Verwaltung vorgetragen werden.

Nur mit diesem von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog ist der Schulentwicklungsplan sozial verträglich und somit umsetzbar.

Kucks Theaterbriefe

und wie sie bei einer Abonnentin ankommen

Fest steht, dass dem Theater in Wuppertal nach dem Ende der Kooperation mit dem Musiktheater Gelsenkirchen Geld fehlt. Fest steht auch, dass nur steigende Zuschauerzahlen die finanzielle Situation des Theaters verbessern können.

Doch mit ihren Bemühungen, Stammkunden zu halten und Neukunden einen Theaterbesuch mit schmackhaft zu machen, beweist die neue Theaterleitung keine glückliche Hand. Dazu folgendes aus eigener Erfahrung:

Als langjährige Abonnentin der Wuppertaler Bühnen / Schillertheater erhielt ich Ende Mai 2001 einen Begrüßungsbrief des neuen Generalintendanten, Herrn Kuck. Die darin angekündigten Veränderungen betrafen eine Vereinfachung der Abonnementsbedingungen und eine Neueinteilung der Platzgruppen in beiden Häusern. Für die Umstellung bot man uns einen Preisnachlass von 10 % auf den regulären Abo-Preis.

Zunächst eine angenehme Überraschung, aus der jedoch Empörung wurde, nachdem ich den Brief ein zweites Mal studiert hatte. Denn da stand auch, dass die "Lieben AbonnentInnen" in Zukunft nur noch sechs statt bisher neun Stücke pro Spielzeit sehen wer-

den - klar, schließlich wird ja auch das Ensemble halbiert! Und mein Stammplatz in Reihe 12 (!) im Schauspielhaus gehört dort jetzt zur besten Platzkategorie. Der Taschenrechner klärte mich schließlich darüber auf, dass mich eine Theatervorstellung – trotz der 10 % Ermäßigung – neuerdings fast das Doppelte kosten würde. So begrüßt also der neue Intendant seine alten AbonnentInnen! Mitte Oktober ereilte mich ein neuer Brief. Hier stand zu lesen, dass die erste Vorstellung unseres Abonnements aus "spielplantechnischen Gründen" vom 7. November auf den 19. Dezember verlegt werden müsse. Als "kleine Entschädigung" bot der Intendant diesmal an, das am 7. November gezeigte Stück "Josef und Maria" kostenlos zu besuchen. Der Versuch, für diese Vorstellung Karten reservieren zu lassen, hat mich etwa 10 Telefonate, die dafür verwendete Zeit und jede Menge Nerven gekostet und am Ende zu nichts geführt! Bei meiner ersten Abo-Vorstellung in dieser Saison wurde ich gleich an der Tür gehalten, doch "aufzurücken", denn der Saal war bestenfalls halb besetzt.

Wen wundert's noch bei diesem Service, wenn das Publikum zur Konkurrenz abwandert? Oder ist das vielleicht Taktik, Herr Kuck?! Wenn am Ende niemand mehr ins Theater geht, kann man es ja guten Gewissens schließen!

Ilona Schäfer

OB-Spendenskandal

Fortsetzung von Seite 1

Vergleich dazu: dem Kreisverband der Wuppertaler GRÜNEN stand 1999 ein Budget von 48.000.- DM zur Verfügung. Die SPD und der Oberbürgermeister haben jetzt ein gewaltiges Problem: Der finanzielle Segen des "guten Menschen aus Wülfrath" entpuppt sich als Fluch für Hans Kremendahl.

Auch wenn sich herausstellen würde, dass die Staatsanwaltschaft keinerlei Beweise für eine Vorteilsnahme des Oberbürgermeisters auf den Tisch legen kann, das Vertrauen in die Politik ist schwer angeschlagen!

Oberbürgermeister Kremendahl gewährte Clees einen Rabatt in Höhe von DM 75.000.- als es um Kosten für Ersatzpflanzungen im Zuge des Bauprojektes Radenberg ging.

Ein geplantes Bauprojekt in der Katenerberger Straße war den Ausschussmitgliedern von CDU und SPD zu überdimensioniert. Trotzdem stimmten sie

auf Druck des Investors Clees dem Bauvorhaben zu.

Wie ist es weiterhin zu bewerten, dass SPD, CDU und der Oberbürgermeister sich für das von Clees geplante Factory Outlet Center am Otto-Hausmann-Ring stark machten, das durch den Einsatz der GRÜNEN Ratsfraktion, der Einzelhändler und dem Regierungspräsidenten verhindert werden konnte? Aktuell gibt es neue Erkenntnisse zur Vergabe des Baus der Sporthalle Gathe an den Investor Clees: ein günstigeres Angebot eines norddeutschen Investors wurde weder dem Sportausschuss noch dem Rat vorgelegt.

Moralisch und politisch sind die Spenden des Herrn Clees und die städtischen Aufträge an ihn nicht zu trennen. Auf kommunaler Ebene fordern wir die Transparenz von Ausschüssen und der Aufsichtsräte, die sich mit städtischen Vergaben befassen.

GRÜNE Anträge ignoriert

Fortsetzung von Seite 1

gen wurden: Gezielte Förderung einzelner sozialer Träger und Projekte, die unter dem stetig steigendem Kostendruck zu scheitern drohten, und die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur zum Wohle und im Sinne der BürgerInnen auf der einen Seite, und den Erhalt wichtiger Grün- und Ackerflächen bis hin zur Renaturierung von Bachläufen auf der anderen Seite markierten die BündnisGRÜNEN Haushaltsanträge.

Wichtig war der Ratsfraktion, dass jeder Antrag mit einem seriösen Finanzierungsvorschlag versehen wurde, um der weiteren Verschuldung der Stadt Wuppertal entgegenzuwirken: Im sozialen Bereich etwa argumentierten die GRÜNEN, dass die von der Bundesregierung / Bundesverfassungsgericht durchgesetzte Kindergelderhöhung, die nicht an alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen ausgezahlt werden darf und mit der Hilfe zum Lebensunterhalt verrechnet wird, wenigstens mittelbar den Kindern und Jugendlichen in Wuppertal auch zugute kommt. Leider wollte die CDU-SPD-FDP-Koalition sich dieser Argumentation nicht anschließen und hat damit langfristig sich selbst und den Wuppertaler Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit genommen, weitere vernünftige Projekte in Angriff zu nehmen. In der Endabstimmung des kommunalen

Doppelhaushaltes allerdings konnte und wollte die BündnisGRÜNE Ratsfraktion nur mit einer Enthaltung "zustimmen". Für BündnisGRÜNE wichtige und unerlässliche Forderungen wollten CDU-SPD-FDP nicht hören: So wurde der Schließung der Schwimmbad nur bedingungslos zugestimmt, ohne dass damit einem Neubau eines Schwimmbades auf der Talachse oder einer Alternative zum Barmer Kurbad tatsächlich der Weg geebnet worden wäre. Gleiches gilt für die unausgegrenzten Regionale 2006-Projekte, für die größtenteils bis heute nicht einmal eine Projektbeschreibung vorliegt, aber Millionen summen bereit liegen. Und auch für die millionenschwere Personaleinsparung in der Wuppertaler Stadtverwaltung, die unabhängig von der "Arbeitsverdichtung" für die verbleibenden MitarbeiterInnen ganz selbstverständlich zu unmittelbaren Leistungseinschränkungen für die BürgerInnen führt und so ein "bürgerInnenfreundliches und nahes" Rathaus in weite Ferne rücken lässt.

Die neuerlichen Umzugspläne von Teileinheiten der Verwaltung in städtische Randgebiete und in Gebäude, die von Anfang an und bereits vor Ankauf nur unwirtschaftlich zu führen waren, bestätigen leider die BündnisGRÜNE Kritik bereits drei Wochen nach Verabschiedung des Haushaltes 2002/03.

Flächennutzungsplan in Angriff nehmen

■ Stadtentwicklungsausschuss beschließt Offenlegung. BürgerInnen können Stellungnahme abgeben.

Der Rat der Stadt Wuppertal hat in 1984 den Aufstellungsbeschluss für den neuen Flächennutzungsplan (FNP) gefasst.

Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde im März 2002 die Offenlegung des Vorentwurfes 2001 des FNP im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen. Mit dem FNP, der jetzt von den BürgerInnen und Trägern öffentlicher Belange eingesehen und kommentiert werden soll, kommen zwar Rat und Verwaltung einer dringenden Überarbeitung der teilweise aus den sechziger Jahren und bis heute gültigen Planungen nach. Aber: Ein Bedarf für den im FNP dargestellten enormen Flächenverbrauch von mehr als 200 ha für neue Bauflächen auf 'der grünen Wiese' existiert nicht.

Mangelnde Transparenz

Es besteht Einigkeit zwischen allen Ratsfraktionen, dass die Stadt Wuppertal dem tatsächlichen Bedarf an Einfamilienhäusern und Gewerbeflächen gerecht werden muss. Insofern ist auch gegen einen Offenlegungsbeschluss des FNP nichts einzuwenden. Ob die Stadt und der Rat die Anregungen und Stellungnahmen der BürgerInnen und Träger öffentlicher Belange nach Offenlegung des FNP tatsächlich – wie angekündigt – ernst nimmt, bleibt allerdings fraglich.

Nicht allein die Tatsache, dass der FNP mehr als unübersichtlich ist – ein Register fehlt, so dass die BürgerInnen die aus ihrer Sicht fraglichen Flächen womöglich gar nicht finden und also gar nicht Stellung beziehen können – spricht gegen ein transparentes Verfahren. Noch im vergangenen Herbst haben alle zehn Bezirksvertretungen mit Anhörungsrecht bereits den FNP-Vorentwurf diskutiert. Hier wurden teilweise Stellungnahmen gegen einzelne Flächen einstimmig beschlossen, die der Stadtentwicklungsausschuss stimmberechtigt zusammengesetzt aus CDU, SPD und FDP – ohne Beteiligung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN – ignorierte.

Wohnbauflächen insgesamt

Obwohl z.B. die Nachfrage nach Einfamilienhäusern in Wuppertal deutlich nach unten zeigt und bis zum Jahr 2015 weniger als 2.000 nachgefragt werden dürften, hält die Stadt im FNP am Planungsziel fest, Bauflächen für mehr als 4.000 Einfamilienhäuser darzustellen (60 ha). Insofern kritisiert der Rheinische Verein für Denkmalpflege in seiner Stellungnahme zu Recht, dass besonders der Verbrauch von Natur und Landschaft für neue Einfamilienhäuser bedenklich sei.

Die Stadt hat mittlerweile selbst erkannt, dass ein so hoher Bedarf für diese Bauflächen nicht besteht. Gestützt durch das aktuelle Gutachten des Pestel-Institutes "Der Wohnungsmarkt in Wuppertal" argumentiert sie nun, dass ein Überangebot an Bauflächen geschaffen werden müsse, damit das Bauland erschwinglicher werde.

Mit der im FNP dargestellten großzügigen Planung gefährdet nach Auffassung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN die Stadt offensichtlich problematische Stadtquartiere in der Talsohle. Schon heute stehen 8.000 bis 10.000 Wohnungen bereits leer, die nach Pestel und Stadt zur Sanierung nicht lohnen.

Luhnsfelder Höhe und andere

Die Flächen süd-westl. August-Jung-Weg, süd-östl. Heidter Str., Heidter Straße / Rädchen, Luhnsfelder Höhe / Holthäuser Straße, An der Bük und östl. Zur Waldkampfbahn / In den alten Lotten – die beiden letzten ohne jede weitere Beratung – scheinen gegen den Willen der Bezirksvertretungen für die CDU-SPD-FDP Koalition im Rathaus bereits beschlossene Sache zu sein. Das Gleiche gilt z.B. für die Fläche Radenberg II: Sie wird zur Wohnbebauung vorgesehen, obgleich sie im Gebietsentwicklungsplan als Freiraum ausge-

Ungenutzte Bodenflächen wie hier in Vohwinkel gibt es genug!

wiesen ist. Eine Kompensationsfläche wird nicht angegeben.

Gewerbeflächen insgesamt

Eine ganz ähnliche Situationsbeschreibung ergibt sich bei den im FNP ausgewiesenen Gewerbeflächen (150 ha). Hier werden ebenfalls zur Reduzierung der Baulandkosten mehr und größere Flächen auf der grünen Wiese ausgewiesen, als dringend benötigt, obwohl es gerade hier an geeigneten Flächen nicht mangelt. Auch bei der Gewerbeflächenausweisung setzt sich der Stadtentwicklungsausschuss über die Empfehlungen der Bezirksvertretungen hinweg.

Kleine Höhe und andere

Großzügig werden im FNP die Flächen Otto Hausmannring / Eskesberg, Kleine Höhe I, Haßlinghauser Straße / Hasenkamp, Wittener Straße, Linderhauser Straße / Blumenroth und Blombach Süd ausgewiesen. Teilweise sind die genannten Flächen für eine weitere Gewerbenutzung vollkommen ungeeignet und unattraktiv (Blombach Süd), teilweise sind sie aus ökologischer und ökonomischer Sicht eine stadtplanerische Katastrophe (Kleine Höhe).

Ins Absurde wird die Flächenausweisung gerade da gezogen, wo die Stadt in der Lage wäre, sinnvolle und bereits bebaute Flächen alternativ zu benen-

nen. Auf Anfrage der bündnisGRÜNEN Ratsfraktion, ob denn für die Kleine Höhe eine Alternative existiere, antwortete die Stadtverwaltung am 18. März 2002 in öffentlicher Sitzung des Rates schlicht: Ja. Die Ronsdorfer Kaserne, die zwar nicht unmittelbar zur Verfügung steht, aber immerhin weder Erschließungs- noch Bebauungskosten verursacht und für den geplanten Themenpark bestens geeignet ist.

Brachen

Warum nicht gerade bei unsinnigen Planvorhaben unter Verzicht auf großzügigen Flächenverbrauch und ökonomisch und ökologisch nicht vertretbare

Konsequenzen auf bestehende Alternativen zurückgegriffen wird, ist aus bündnisGRÜNER Sicht nicht nachvollziehbar. Im gesamten FNP wird auf 20 ha Bahnflächen zur Flächenausweisung zurückgegriffen, obwohl im Stadtgebiet allein 200 ha Bahnflächen ungenutzt brach liegen. Jetzt aber, mit dem Offenlegungsbeschluss, dürfen und sollen die BürgerInnen und Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahme zu den im FNP ausgewiesenen Flächen formulieren. "Wir nehmen jede Anregung und Stellungnahme ernst", versprach OB Kremendahl am 25. Februar 2002 bei der berühmten Montags-Pressekonferenz. Na dann los!

Ratsfraktion mit neuem Gesicht

Zum 30.01.2002 legte die bündnisgrüne Stadtverordnete Ursel Simon aus persönlichen Gründen ihr Ratsmandat nieder. Die Fraktion dankt Ursel an dieser Stelle nochmals für ihr großes politisches Engagement. Ihr Nachfolger im Rat ist Lorenz Bahr, der in der Ratssitzung am 18.02.2002 vereidigt wurde.

Politische Schwerpunkte der Stadtverordneten

- Lorenz Bahr: Stadtentwicklung, Kultur, Stadtmarketing,
- Guido Gehrenbeck: Umwelt, Verkehr, Schutz und Ordnung, BV Uellendahl-Katernberg
- Peter Menke: Schule, Migration, Behindertenpolitik
- Peter Vorsteher: Fraktionssprecher, Finanzen, Soziales, Gesundheit und Jugend, BV Cronenberg

Ratschronik vom 18.2.2002

Einführung eines neuen Stadtverordneten

Als Nachfolger für Ursel Simon wird Lorenz Bahr für Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Stadtverordneter verpflichtet. Die GRÜNE Fraktion ist damit wieder komplett.

Beratungsstelle für behinderte Kinder

Die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle für behinderte Kinder und deren Familien in der Stadtverwaltung wurde auf Antrag der GRÜNEN Fraktion im Rat beschlossen. Nach einem Jahr wird der Politik ein entsprechender Tätigkeitsbericht vorgelegt.

Privatisierung des Medienzentrums

Eine Anfrage der GRÜNEN ergab, dass eine Privatisierung gefährliche

Folgen für die Zusammenarbeit mit dem Stadtbetrieb Sport und Bäder sowie mit Vereinen nach sich ziehen: viele der bislang umgesetzten Projekte würden Gefahr laufen, nicht wieder aufgelegt zu werden, verschiedene Serviceangebote in Bereichen des Breiten- und Jugendsportes nicht mehr wie bislang realisiert werden.

Landwirtschaftliche Nutzflächen

Der Antrag der GRÜNEN, landwirtschaftliche Nutzflächen längerfristig an die Wuppertaler Landwirte zu verpachten, um ihnen Planungssicherheit zu ermöglichen, wurde in die Fachgremien überwiesen.

Datenbank für Mobilfunkstandorte im Internet

Schon im letzten Jahr beschloss der Rat der Stadt auf Antrag der GRÜNEN

Fraktion, eine Koordinierungsstelle für Mobilfunkanlagen einzurichten. Nun beantragten die GRÜNEN, eine Datenbank mit den konkreten Standorten der Mobilfunkanlagen ins Internet einzustellen, um die WuppertalerInnen in ausreichendem Maße zu informieren. Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP lehnten diesen Antrag ab.

Fahrplanwechsel in Vohwinkel

Die GRÜNE Fraktion stellte einen Dringlichkeitsantrag, den zuständigen Gremien einen Sachstandsbericht zur drohenden Reduzierung der haltenden Nahverkehrszüge in Vohwinkel spätestens im März vorzulegen und sich im VRR dafür einzusetzen, dass keine Reduzierung der haltenden Züge in Vohwinkel stattfinden soll. Der Antrag wurde nicht beschlossen, da die Fraktionen meinten, dies sei eine Selbstverständlichkeit. Wir werden sehen.

Haus der Jugend in Barmen: Modernisierung durch Regionale 2006 abgesichert

Ratschronik vom 18.3.2002

Erklärung des Oberbürgermeisters:

Der OB Dr. Kremendahl gab vor Eintritt in die Tagesordnung eine Ehrenerklärung ab: er habe während der Zeit seiner Dienstausübung keine Zuwendungen oder sonstigen Vorteile erhalten und keinen Einfluss auf die Gewinnung von Spenden oder deren Verwendung ausgeübt.

Die GRÜNE Fraktion kommentiert laufende Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Vorteilsnahme des OB nicht, setzt sich jedoch sehr für die Einrichtung eines Ausschusses ein, um alle hier relevanten Vorgänge unabhängig vom Parteibuch zu untersuchen

Wahl eines Beigeordneten für Stadtentwicklung:

Im zweiten Anlauf konnte die FDP endlich einen inhaltlich qualifizierten Kandidaten vorweisen: Thomas Uebrick als Kandidat der FDP wurde im Rat mit 45 Ja-, 17 Nein-Stimmen und mit 4 Enthaltungen gewählt.

Haushaltsreden der Fraktionen

CDU und SPD gingen in ihren Reden vor allem auf Liebesgeflüster ein: die SPD betonte wiederholt, dass die Vereinbarung der Fraktionen zum Umgang mit dem städtischen Haushalt nur zwischen ihr und der CDU abgestimmt sei, die FDP als Kooperationspartnerin der CDU aus den Gesprächen herausgehalten worden sei. Sie hätte eine "große Koalition" befürwortet. Die CDU hielt daran fest, dass sie nun doch nur mit der FDP zusammen sein wolle. Die GRÜNEN legten eine Analyse der finanziellen Situation der Stadt vor und skizzierten ihre politischen Schwerpunkte in den Haushaltsanträgen.

Bewegter Vertrag für Wuppertal

SPD und CDU verabschieden gleichlautende Anträge mit nur verschiedenen Titeln: "Vertrag" bzw. "Bewegung" für Wuppertal. Inhalt: Der Haushalt inklusive Veränderungsnachweise sowie alle weiteren Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung werden einvernehmlich von den Fraktionen verabschiedet. Veräußerungen von Vermögenswerten werden ausschließlich zur Finanzierung der Regionale 2006 verwendet. Änderungsanträge der Fraktionen zur inhaltlichen Ausgestaltung einzelner Regionale-Projekte werden zwischen den Fraktionen abgestimmt. Die GRÜNE Fraktion, die an der Verhandlung um den bewegten Vertrag für Wuppertal ausgeschlossen wurde, erläuterte ihre Anträge an den Haushalt, die zum Ziel hatten, die ökologische und soziale Stadt aufrechtzuerhalten. Alle Anträge der Fraktion waren seriös gegenfinanziert. Durch die Verhandlungsergebnisse der anderen Fraktionen sahen sich diese noch nicht einmal genötigt, die Anträge

der GRÜNEN zu diskutieren. Mit der Arroganz der Macht wurden sie mit einem Federstrich für erledigt erklärt, hatten doch CDU und SPD schon eine eigene Liste erstellt...

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnte diese Vereinbarung deshalb ab. Die GRÜNE Fraktion hat dem städtischen Haushalt insgesamt nicht zugestimmt, sondern sich enthalten und damit zum Ausdruck gebracht, dass Teile des Haushaltes wie die Finanzierung des wichtigsten stadtentwicklungspolitischen Projektes der nächsten Jahre, der Regionale 2006, von der Fraktion vehement unterstützt werden.

Einige Anträge der GRÜNEN Fraktion zum Haushalt:

Erhalt der Stadtbibliotheken, Erhalt der Schulbibliotheken, Beibehaltung der Stadtgärtnerei mit Erhalt von 19 Ausbildungsplätzen, Renaturierung von Bachläufen, ökologische Umgestaltung des Döppersberg, Mittelerhöhung für das Agenda-Büro, Einrichtung einer Kinderschutzambulanz, Erhalt der Hauptschule Simonstraße, Erhöhung der Zuschüsse für die Frauenberatungsstelle, Pro Familia, Drogenkonsumraum, Hospiz Lebenszeiten, die Jüdische Kultusgemeinde, Kinderschutzbund, Lernen und Fördern e.V., das Nachbarschaftsheim, Stadtjugendring, Arbeitslosenzentrum, Begegnungszentrum Alte Synagoge, Jugendfarm, Forum Rex und viele mehr. Das soziale Leben der Stadt Wuppertal auch angesichts knapper Kassen unbedingt aufrechtzuerhalten und die

ökologischen Aspekte zu beachten, ist das Ziel der GRÜNEN Politik. Wir stehen zur Regionale 2006. Sie ist die einzige Chance der nächsten Jahre, Wuppertal zukunftsfähig zu gestalten. Die Weigerung der großen Koalition aus CDU, SPD und FDP, eine generelle 3%ige Erhöhung für die Freien Träger zu beschließen, kann in den kommenden Jahren das Aus für Einrichtungen bedeuten, die unverzichtbar für unsere Stadt sind. Dies tragen wir nicht mit!

Regionale 2006

Der Grundsatzbeschluss zur Regionale 2006 wurde gefasst, die Realisierung ist damit gesichert. Der städtische Beitrag wurde in einer Höhe von 60 Mio. Euro beschlossen. Die Modernisierung des Barmer Haus der Jugend ist entgegen einem Ratsantrag der CDU nun doch im Programm der Regionale enthalten, denn die Stadt allein kann die notwendigen Baumaßnahmen nicht schultern, Landesmittel sind notwendig. Dieses Mal hatte die CDU ein Einsehen in logische Argumente gehabt.

Schwimmoper als Bad aufgeben

Der Rat gab grünes Licht, die Schwimmoper einer neuen Nutzung zuzuführen. Der Versuch der FDP, nochmals eine Ausschreibung hierfür durchzuführen, wurde nicht umgesetzt. Als Ersatz wird ein neues Schwimmbad auf der Talachse gebaut werden. Ein Teil der so eingesparten Kosten werden für die Sanierung der Stadthalentürme verwendet.

Schul- und Stadtbibliotheken bleiben erhalten.

So beschloss der Rat. Die Fördervereine der Schulbibliotheken bekommen jährlich 80.000 Euro aus dem städtischen Haushalt, die über Einsparungen und Gebührenerhöhungen erwirtschaftet werden sollen. Die Stadtbibliotheken werden die Öffnungszeiten reduzieren müssen, eine Organisationsuntersuchung wurde vom Rat in Auftrag gegeben.

Schulentwicklungsplanung

Gegen die Stimmen der GRÜNEN beschloss der Rat, die Hauptschule Simonstraße, die unverzichtbar für Integration im Stadtteil ist, zu schließen. Das von der Verwaltung vorgegebene Sparziel von 3,6 Millionen Euro bis 2007 wurde bekräftigt, obwohl die Schulentwicklungsplanung aufgrund eines Rechenfehlers der Verwaltung nicht beschlossen wurde. Spätestens Ende des Jahres soll der Schulentwicklungsplan beschlossen werden.

Landwirtschaftliche Nutzflächen

Der GRÜNE Antrag, landwirtschaftliche Nutzflächen grundsätzlich längerfristig zu verpachten (10 Jahre), um den Landwirten eine vorausschauende Betriebsentwicklung und Anbauplanung zu ermöglichen, wurde als Prüfungsauftrag an die Verwaltung vom Rat angenommen. Zu späterer Zeit (nach Verabschiedung des Flächennutzungsplanes) wird die Politik sich wieder mit dem Antrag beschäftigen.

EKOCity

Die Teilnahme Wuppertals am Abfallwirtschaftsverbund EKOCity wurde vom Rat einstimmig beschlossen. In der Folge wird erwartet, dass die AWG ihre Müllverbrennungsanlage langfristig auslasten kann und die Gebühren für Hausmüll für die WuppertalerInnen sogar gesenkt werden können.

Kleine Höhe

Der Antrag der GRÜNEN, das Gewerbegebiet Kleine Höhe sofort zu stoppen und die städtischen Flächen als landwirtschaftliche Nutzfläche zu verkaufen, wurde abgelehnt. Einmal mehr stellt der Großteil der Wuppertaler PolitikerInnen damit unter Beweis, dass sie ein unökologisches, unökonomisches Gewerbeflächenverständnis hat, das zudem nicht auf der Höhe der Zeit ist.

Metrorapid

Die GRÜNE Fraktion hat sich einem Antrag der CDU angeschlossen: "Der Rat der Stadt Wuppertal lehnt die vorgesehene Trasse des Metrorapids im Rahmen des Gebietsentwicklungsverfahrens ab", da u.a. zu befürchten ist, dass die hierfür notwendigen Investitionen insgesamt zu Lasten des öffentlichen Personennahverkehrs getätigt werden. Die FDP stellte einen Antrag, der zugleich ja und nein zum Projekt sagte: Die Stadt begrüßt die Umsetzung der Transrapid-Technik, die Bedenken hiergegen konnten jedoch nicht ausgeräumt werden. Das kommt davon, wenn man sich auf Kosten der Inhalte politisch verbiegen will.